

Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Gerd Andres, Konrad Gilges, Gerlinde Hämmerle,
Doris Odendahl, Adolf Ostertag, Margot von Renesse, Wolfgang Weiermann,
Dr. Peter Struck, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD**

**zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Gerd Andres, Konrad Gilges,
Gerlinde Hämmerle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
— Drucksachen 12/2858, 12/4986 —**

Situation ausländischer Jugendlicher im Bildungs- und Ausbildungssektor und ihre Integrationschancen in unserer Gesellschaft

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag sieht in der Berufsorientierung ausländischer Jugendlicher eine besondere Aufgabe, die im engen Zusammenhang mit der Gesellschafts-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, aber auch der Jugend-, Familien- und Sozialpolitik steht.

Sie leistet einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung der Zukunftschancen ausländischer Jugendlicher, fördert ihre Gleichstellung in der Gesellschaft und ist Teil einer umfassenden Migrationspolitik, in der deutsche und ausländische Jugendliche, Lehrer, Ausbilder, Eltern und das gesamte Lebensumfeld Verständnis, gegenseitige Anerkennung und menschliche Achtung erfahren können. Eine so gestaltete Berufsbildungspolitik trägt entscheidend zur Gestaltung der sozialen Demokratie und zum Zusammenleben in der Bundesrepublik Deutschland und Europa bei.

Die Aufgabe, ausländische Kinder in das Bildungssystem und ausländische Jugendliche in das Berufsausbildungssystem zu integrieren, betrifft nicht nur die zweite und dritte Generation, sondern stellt sich auch für die Zukunft. Auch wenn im schulischen Bereich seit 1980 der Anteil ausländischer Gymnasiasten und Realschüler bis 1990 von ca 8 % bzw. 6 % auf 16 % bzw. 15 % gestiegen ist, besteht nach wie vor zwischen den deutschen und ausländischen Schülern ein deutlicher Unterschied im Niveau der Schulausbildung, der sich in erheblich schlechteren Chancen bei

der Ausbildungsplatzsuche niederschlägt. Gerade hier zeigt sich die starke Differenzierung zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen: Zwar belegen die Statistiken, daß sich die Berufsbildungssituation von Jugendlichen allgemein in den alten Bundesländern verbessert hat und daß es in immer mehr Berufen ein größeres Angebot an Ausbildungsstellen als Bewerber gibt, wenn auch mit großen Unterschieden hinsichtlich des gewählten Berufs und nach dem Ort des Betriebes. Hingegen ist zu registrieren, daß der Zugang zu einer beruflichen Ausbildung für junge Ausländer und Ausländerinnen nicht in gleicher Weise leichter geworden ist. Hinzu kommt, daß sich die Gruppe der Jugendlichen ausländischer Herkunft – stärker als deutsche Jugendliche – auf nur wenige Berufe konzentriert und überdurchschnittliche Abbruchquoten vorzuweisen hat.

Da sie in Bereichen lernen, die nach der Ausbildung geringere Beschäftigungsmöglichkeiten im erlernten oder in einem verwandten Beruf eröffnen, ist ihr Risiko, nach Abschluß der Ausbildung arbeitslos zu werden, schätzungsweise doppelt so hoch wie das deutscher Jugendlicher.

Besonders problematisch ist die Situation der Mädchen ausländischer Herkunft. Trotz guter Schulabschlüsse betrug 1990 ihre Ausbildungsquote nur 30 % gegenüber 40 % bei den männlichen Jugendlichen.

Der Prozeß des Übergangs in den Beruf ist an beiden Schwellen (von der Schule in die Ausbildung und von der Ausbildung in die Erwerbstätigkeit) für Jugendliche ausländischer Herkunft immer noch deutlich schwieriger als für deutsche Jugendliche. Hinzu tritt die oft mangelnde Möglichkeit ausländischer Eltern, ihre Kinder beratend zu unterstützen.

Hinzu kommen immer neue Personengruppen: Kinder und Jugendliche im Rahmen des Familiennachzuges, Flüchtlinge, anerkannte Asylbewerber, Personengruppen mit Duldung, sonstige Zuwanderer, die – auch bei einem ungewissen Aufenthaltsstatus – zumindest auf Zeit in das deutsche Bildungs- und Berufsbildungssystem eingegliedert werden sollten, auch um zu verhindern, daß sie in soziale Randständigkeit abgleiten.

Die Bundesregierung hat die in der Antwort auf die Große Anfrage zur Situation ausländischer Jugendlicher im Bildungs- und Ausbildungssektor und ihre Integrationschancen in unserer Gesellschaft – Drucksache 12/4986 – gestellten Fragen, Probleme und Prioritäten nicht ausreichend aufgegriffen. Sie hat die Chance zur Darstellung innovativer Konzepte vertan und läßt keine Prioritäten einer berufsbildungspolitischen Konzeption erkennen.

Die positive Darstellung der Ausbildungsstellenbilanz und Beratungsbemühungen täuscht über regionale, sektorale und strukturelle Probleme im vereinten Deutschland hinweg und zeigt bisher noch keine sinnvolle Vernetzung eines Berufsberatungskonzeptes mit einer Konzeption einer interkulturellen Berufsausbildung.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf, ihre Arbeit – im Zusammenwirken mit allen bildungspolitisch Verantwortlichen – schwerpunktmäßig wie folgt auszurichten:

- Eine qualifizierte Berufsausbildung auch für ausländische Jugendliche wird durch die vorhergehende schulische Ausbildung vorbereitet. Dies bedeutet, daß die Organisation, Inhalte und personelle Ausstattung der Schulen integrationsfähig gegenüber ausländischen Kindern und Jugendlichen sein müssen.
- Schulabschlüsse müssen nachgeholt werden können. Dies trifft vor allem auf den Hauptschulabschluß zu. Die Streichungen in der 10. AFG-Novelle wirken sich verheerend für ausländische Jugendliche aus.
- Die Entwicklung eines neuen Beratungskonzeptes muß durchgesetzt werden, in das alle an der Berufswahl und Ausbildung beteiligten Gruppen (insbesondere Schulen, soziale Beratungsstellen für Ausländer, nationale Vereine, Kammern und Verbände sowie die Berufsberatung) mit dem Ziel des Aufbaus eines schwerpunktmäßig arbeitenden regionalen Verbundsystems eingebunden werden.
- Berufsberatung muß die Beratung ausländischer Jugendlicher und ihrer Eltern ausweiten, kooperativ gestalten, frühzeitig beginnen und auch während der Ausbildung begleitend angeboten werden.
- Mediengestütztes Informationsmaterial in heimat Sprachlicher Ausführung zur allgemeinen Berufsorientierung, Berufsausbildung und Weiterbildung sowie zur gezielten Orientierung, Ausbildung und Weiterbildung in Bereichen sozialpädagogischer und pflegebezogener Berufe – auch im Hinblick auf die Versorgung von Bevölkerungsgruppen ausländischer Nationalität – sollte entwickelt und eingesetzt werden.
- Benachteiligungsprogramme und Fördermaßnahmen in Schule und Ausbildung sind auszubauen statt einzuschränken, um Bildungs- und Sprachdefizite zu mindern und Ausbildungsabbrüche zu vermeiden.
- Für Mädchen ausländischer Herkunft sind besondere Hilfen und Angebote vorzusehen.
- Integrierte, ausbildungsbezogene Projekte sind vorrangig zu unterstützen.
- Industrie, Handwerk, Handel und die öffentlichen Verwaltungen müssen für mehr Ausbildungsplatzangebote an ausländische Jugendliche gewonnen werden. Dabei sind vor allem auch Kleinbetriebe mehr über ausbildungsbegleitende Hilfen zu beraten und zu unterstützen.
- Selbständige ausländische Unternehmer sind verstärkt in die Ausbildung Jugendlicher ausländischer Herkunft – auch mit dem Vorteil einer zweisprachigen und bikulturellen Berufsausbildung – einzubeziehen.
- Der Benachteiligung von Jugendlichen ausländischer Nationalität bei der Bewerbung und im Auswahlverfahren ist entgegenzuwirken.
- In Studien- und Ausbildungsgängen von Lehrern, Ausbildern, Meistern, Berufsberatern und Sozialpädagogen etc. ist das Pflichtfach „Migrationspädagogik“ einzuführen.

- Lehrer, Ausbilder ausländischer Nationalität sollten verstärkt für den Bereich Beratung und Ausbildung ausländischer Jugendlicher eingestellt werden.
- Berufsausbildung bedeutet zukünftig verstärkt interkulturelle Orientierung. Hierzu gehört die Entwicklung einer Konzeption interkultureller Berufsausbildung, Zweisprachigkeit, das Vermögen, sich in zwei Kulturen zu bewegen, und eine eigene Identität unter den Bedingungen der Migration zu erlangen. Hier wird aktive Förderung ebenso notwendig, wie die Unterstützung aller Betriebe, sich als interkulturellen Arbeitsraum zu verstehen, in dem deutsche und Jugendliche ausländischer Nationalität – in einem Europa der vielen Nationen – leben.

Darüber hinaus fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, die Bildungs- und Ausbildungsprobleme ausländischer Jugendlicher im jährlich vorzulegenden Berufsbildungsbericht stärker zu berücksichtigen und dabei darzustellen, mit welchen Modellen, Förderungskonzeptionen, Kooperationsformen und Finanzmitteln der Benachteiligung ausländischer Jugendlicher im Bildungs- und Ausbildungssystem entgegengewirkt werden soll.

Bonn, den 27. Oktober 1993

Gerd Andres
Konrad Gilges
Gerlinde Hämmerle
Doris Odendahl
Adolf Ostertag
Margot von Renesse
Wolfgang Weiermann
Dr. Peter Struck
Hans-Ulrich Klose und Fraktion